



Schader Stiftung

Schader-Preis 1999

**Prof. Dr. Michael Th. Greven, Vorsitzender des
Kuratoriums der Schader-Stiftung:**

**Laudatio auf Prof. Dr. Dr. h.c.mult. Renate
Mayntz**

4. November 1999, Orangerie Darmstadt

Laudatio auf die Schader-Preisträgerin Prof. Dr. Dr. h.c.mult. Renate Mayntz
von Prof. Dr. Michael Th. Greven

**Laudatio für Renate Mayntz
gehalten anläßlich der Verleihung des Schader-Preises am 4. November 1999**

von Prof. Dr. Michael Th. Greven,

Hochgestellte Gäste, geehrte Anwesende, liebes Ehepaar Schader, sehr verehrte, liebe Frau Mayntz,

das Kuratorium der Schader-Stiftung, das in dieser Sache - beraten durch zahlreiche externe Persönlichkeiten - als Jury des Schaderpreises fungiert, hat den diesjährigen Preis Frau Prof. Dr. Dr. hc. mult. Renate Mayntz verliehen.

In der Präambel der Preissatzung heißt es: »Die Schader-Stiftung hat es sich zum Ziel gesetzt, durch die Förderung von Kommunikation und Kooperation zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Gemeinwesens zu leisten. Sie geht davon aus, daß die Gesellschaftswissenschaften einen analytischen, diagnostischen und prognostischen Beitrag zur Früherkennung von gesellschaftlichen Problemstellungen leisten können. Im Dialog zwischen Wissenschaftlern und Praktikern kann dieser Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme fruchtbar gemacht werden.«

Die Schader-Stiftung fördert die Gesellschaftswissenschaften also nicht als solche, sondern in ihrem Praxisbezug. Sie fördert damit keine Selbstverständlichkeit unseres alltäglichen Wissenschaftsbetriebes, sondern eine immer noch - gerade auch auf dem Hintergrund der deutschen eher geisteswissenschaftlichen Tradition - außergewöhnliche und zu seltene Orientierung und Praxis gesellschaftswissenschaftlicher Arbeit. Stiftungsidee wie Preissatzung gehen davon aus, daß die Gesellschaftswissenschaften, auf eine spezifische Weise betrieben und in die angemessene Verbindung zur Praxis gebracht, einen Beitrag zur gesellschaftlichen Problemlösung leisten können; daß es gilt, diese am Gemeinwesen und seiner Verbesserung ausgerichtete Orientierung hervorzurufen, wo es sie gibt zu bestärken und ihr mit den Mitteln der Stiftung zu helfen, die Verbindung zur problemlösenden Praxis zu finden.

Die Verbindung zwischen Wissenschaft und Praxis kann letztlich nur als von beiden Seiten aufgeschlossene und problembewußte Kommunikation und Kooperation gestiftet und verstetigt werden. Es sei hier nur angedeutet, daß fehlende Bereitschaft und mangelndes Wissen um die möglichen Vorteile einer solchen Kommunikation und Kooperation nicht nur auf Seiten der Wissenschaft zu finden sind und daß deshalb die Arbeit und Förderungstätigkeit der Stiftung sich nach beiden Seiten ausrichten muß. Von diesen beiden hier etwas vereinfacht stilisierten Seiten des Verhältnisses wird allzuhäufig mit einem gewissen Hochmut, sei es der Wissenschaft, sei es des erfahrenen Praktikers, der Wert dieses von der Stiftung für fruchtbar gehaltenen Dialogs unterschätzt. Allzu oft glauben die Wissenschaftler bereits vor Eintritt in ihn Problemstellung und Lösung endgültig zu kennen, allzu oft wiederum setzen die Praktiker ihr gesammeltes Erfahrungswissen mit einer

optimalen Analyse und Durchdringung von Situationen und Praktiken gleich und erweisen sich resistent gegen zusätzliche Aufklärung. Die Stiftung bringt ihr offenes und symmetrisches Dialogmodell der Kommunikation und Kooperation gegen beide Borniertheiten in Anschlag, geht davon aus, daß, die Bereitwilligkeit zum Engagement für das Gemeinwesen unterstellt, Wissenschaftler wie Praktiker in der Zusammenarbeit zum Nutzen der Gesellschaft, ihrer Problemlösungsfähigkeit wie Innovationskraft, voneinander lernen und profitieren können.

Hier und heute geht es um die Auszeichnung des Lebenswerkes einer bedeutenden Gesellschaftswissenschaftlerin, weil sie in hervorragender Weise dem Stiftungszweck gerecht geworden ist, weil sie damit ein Beispiel gesetzt hat, um dessen Ehrung aber auch vorbildhafte Propagierung es der Stiftung geht. Frau Prof. Mayntz hat für ihre allgemeine wissenschaftliche Arbeit im nationalen wie internationalen Wissenschaftssystem höchste und - wie es gerade in der intern so pluralistischen und manchmal eifersüchtigen Soziologie selten vorkommt - nahezu ungeteilte Anerkennung gefunden; sie hat zahlreiche Auszeichnungen, vom postdoktoralen Rockefeller Fellowship 1958 bis zu den Ehrenpromotionen in Uppsala 1977 und Paris-Nanterre 1979 erhalten; neben den Rufen als Ordinaria an die FU Berlin 1965, an die Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer 1971 und an die Universität zu Köln 1973 lehnte sie weitere ehrenvolle Rufe nach Mainz, Hamburg und Karlsruhe ab. Die Orte ihrer Gastprofessuren, darunter der hochgeachtete Theodor-Heuss-Lehrstuhl an der New School for Social Research in New York, aber auch an der Columbia University, in Edinburgh, an der Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales in Santiago de Chile, in Stanford und am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz, bezeichnen allesamt erste Adressen in der internationalen Sozialwissenschaft. Angesichts dieses Übermaßes an Anerkennung und Auszeichnung, die das Werk von Frau Prof. Mayntz bereits gefunden hat, möchte es so scheinen, als hätte es sich die Schader-Stiftung in der nicht ganz unüblichen Weise leicht gemacht, eine Ehrung zu beschließen, die in der öffentlichen Wahrnehmung vor allem auf sie selbst zurückschlägt. Das ist in der Tat in nicht geringem Maße bereits der Fall, Preis und Preisverleihung an Frau Prof. Mayntz haben zusätzliche Aufmerksamkeit für die Stiftung und ihr Anliegen geschaffen. Daran ist aber für eine gemeinnützige Stiftung und ihre Mission auch nichts Falsches. Die Stiftung ist Frau Prof. Mayntz vielmehr sehr dankbar, daß sie, die bereits vielgeehrte und auch mit anderen Preisen ausgezeichnete, diesen Preis angenommen und damit die Anerkennung des Stiftungszweckes zu befördern geholfen hat.

Hervorragende Leistungen in den Gesellschaftswissenschaften sind also die notwendige Voraussetzung, aber nicht die hinreichende Bedingung für die Verleihung des Schaderpreises; wirkenwollende und wirksame Kommunikation und Kooperation mit der Praxis aus der gefestigten Rolle als Gesellschaftswissenschaftler oder -wissenschaftlerin müssen hinzutreten. Gerade in der deutschen Tradition der geisteswissenschaftlich dominierten theoretischen Gesellschaftswissenschaften bringt ein solches Verlassen der bequemen elfenbeinernen Zitadelle in der Zunft keineswegs immer einen Zugewinn an Reputation; der in der Tat problematische Begriff von der »angewandten Sozialwissenschaft« - der, wie ich gleich noch zeigen möchte, aber für Frau Prof. Mayntz keineswegs zutrifft - fungiert innerhalb des Wissenschaftssystems auch zur Abwertung und suggeriert den Verlust

von Autonomie oder der manchmal auch standesmäßig verteidigten »Einsamkeit und Freiheit«.

Aber diese alltagsmächtige Tradition arbeitet mit einer falschen Alternative: sie setzt die dialogische Vermittlung von Theorie und Praxis mit Autonomieverlust gleich, ohne die Gegenrechnung aufzustellen und danach zu fragen, ob Wissenschaft bei ihrem ureigensten Anliegen, nämlich der Erkenntnis gesellschaftlicher Zusammenhänge, nicht gerade von der Kooperation mit dem Erfahrungswissen der Praktiker profitiert. Es wäre also falsch anzunehmen, daß von der angestrebten Kommunikation und Kooperation allein die Seite der Praxis einen Gewinn erwarten dürfe. Vielmehr ist die Herstellung solcher Verbindungen, aus der Sicht der Wissenschaft eine Bereicherung ihrer Erfahrungsmöglichkeiten, vor allem geeignet, eine methodisch kontrollierte, aber dadurch eben auch begrenzte Empirie und Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit als bloßem Objektbereich der Wissenschaft erkenntnishaltig zu ergänzen.

Angesichts der zahlreichen auch publiziert vorliegenden Würdigungen und Belobigungen von Frau Prof. Mayntz' wissenschaftlichem Werk, auch angesichts von dessen Umfang und Vielfältigkeit, konzentriere ich mich nun darauf, mit wenigen Bemerkungen den spezifischen Bezug und Aspekt dieses Lebenswerkes im Sinne des Stiftungszweckes zu akzentuieren. Schon aus dem bisher nur angedeuteten wissenschaftlichen Werdegang lassen sich auch institutionelle Orte einer solchen Praxiswendung von Frau Prof. Mayntz' wissenschaftlicher Arbeit erkennen: Sie wurde ein Jahr nach der Übernahme ihrer ersten Professur 1966 für fünf Jahre Mitglied des Deutschen Bildungsrates, der dann 1970 seinen wichtigen und politikprägenden »Strukturplan für das Bildungswesen« vorlegte, natürlich ein Gemeinschaftswerk, in dem aber die bereits damals in der Soziologie als führend anerkannte Organisationssoziologin gewiß mehr als nur ihre Spuren hinterlassen hat. Dieser »Bildungsgesamtplan«, so zeitverhaftet er aus heutiger Sicht auch erscheinen mag, und die Mitwirkung von Frau Prof. Mayntz daran zeigen symptomatisch einen Charakterzug ihres Wissenschaftsverständnisses auf: Er geht von der Möglichkeit der rationalisierenden Verbesserung gesellschaftlicher Aufgabenerfüllung durch aktive, wissenschaftlich informierte Gestaltung, durch »aktive Politik« wie es kurz danach heißen wird, aus und gesteht der Wissenschaft dabei eine hervorragende Rolle nicht nur bei der Produktion anerkennungswürdigen Wissens, sondern auch bei der Bestimmung von Problemen und der Rationalisierung von Zielen zu.

Anders aber als bei vielen damals, die sich für eine engere Vermittlung von Theorie und Praxis vor allem schreibend und lehrend, aber kaum jemals in der Kommunikation und Kooperation mit der Praxis selber engagierten, ging Frau Prof. Mayntz mit ihren originären wissenschaftlichen Arbeiten niemals den Weg zu deren Popularisierung. Ihre Bücher und Aufsätze bestechen von Anfang an durch Klarheit und Genauigkeit der Sprache ebenso wie durch ihren argumentativen Aufbau, aber sie bleiben stets in erster Linie theoriefundierte und auf die Generierung weiteren verallgemeinerungsfähigen Wissens zielende wissenschaftliche Texte. Ich nenne hier beispielhaft aus einem umfangreichen Werk, das inzwischen nahezu 50 selbständige Bücher und Forschungsberichte umfaßt, ihre frühen akademischen Qualifikationsarbeiten über die Modernisierung von Dorf (1954), Familie

(1955), Organisation des Industriebetriebes - nun ist sie schon, für eine Frau damals keinesfalls selbstverständlich, habilitierte Privatdozentin - zur Sozialstruktur einer Industriegemeinde (1959) und der inneren Organisation von Großstadtparteien (1959).

Eher scheint es so, daß sie zunehmend, wie in ihrer Mitwirkung und Arbeit im Bildungsrat, so nunmehr ab 1970 bis 1973 als Mitglied der »Studienkommission für die Reform des öffentlichen Dienstrechtes« beim Bundesminister des Innern und der vom Bundeskabinett 1969 bis 1975 eingesetzten Projektgruppe »Regierungs- und Verwaltungsreform« die dort stattfindende Arbeit auch als Bereicherung ihres wissenschaftlichen Erkenntnisraumes und Werkes betreibt. Ihre Titel und bearbeiteten Probleme aus dieser Zeit erinnern an die Vielfalt gesellschaftlicher Reformperspektiven und zeigen eindrucksvoll ihre Bereitschaft, sich gerade bei der Themenstellung vom gesellschaftlichen und politischen Problemhaushalt inspirieren zu lassen; beispielhaft: ihr Forschungsbericht zur Organisation des Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (1970), über das Spannungsverhältnis von Regierungsplanung und Bürgerbeteiligung (1971), über Programmentwicklung in der Ministerialorganisation (beides mit Fritz Scharpf 1972), über Personal und Karrieren im öffentlichen Dienst (1973 mit N. Luhmann), über Vollzugsprobleme der Umweltpolitik (1978), die Neuorganisation der gesetzlichen Krankenversicherung (1979 und erneut 1982), über die Einführung von Bildschirmtext (1983) oder die Einführung von Informations- und Kommunikationstechnologie in die öffentliche Verwaltung (1983), über ein nur scheinbar praxisirrelevantes Problem wie die Primär- und Sekundärdokumentation in Privatwirtschaft und öffentlichem Sektor (1984) bis hin zum Forschungsmanagement von hochschulfreien, öffentlich finanzierten Forschungsinstituten (1985, gewissermaßen als Mitgift für die Übernahme des eigenen MPI in Köln) - die Fülle der Themen bezeugen eindrucksvoll ihre Bereitschaft, sich auf Probleme der Praxis einzulassen.

Falls sie das Mißverständnis einer außengesteuerten bloßen »Auftragsforschung« in der Kürze der Aufzählung hier aufkommen lassen, so ist dieses aber für den Leser und Kenner ihrer Schriften ganz falsch. Durch die Vielfalt der Themen und Anlässe hindurch zieht sich nämlich eine geradezu identitätsbildende Konstanz von wissenschaftlichen Leitfragen, auf die hin die Einzeluntersuchungen ungeachtet der manchmal kurzfristigen Interessen der Auftraggeber, fast möchte man sagen kumulativ, ausgerichtet bleiben, wie die Metallspäne in einem Magnetfeld.

Herauswachsend aus den genannten frühen Einzelbereichsstudien wird als durchgängiges Charakteristikum der modernen Gegenwartsgesellschaft ihre vielfältige Organisiertheit und damit organisatorische Beeinflußbarkeit durch bewußtes Handeln auch abstrakt durchdrungen und zuerst 1963 in einem der vermutlich für zwei Jahrzehnte wirksamsten Bücher der Soziologie zur Organisationssoziologie in immer erneuten Auflagen und Übersetzungen der Disziplin veröffentlicht.

Bedingungen, Chancen, Ressourcen und Gefährdungen organisierten kollektiven Handelns, später zusammen mit Fritz W. Scharpf in einen handlungstheoretischen Institutionenansatz transformiert, bezeichnen gewiß eine dieser autonomen Lebensfragen von Frau Prof. Mayntz´ Werk. In der Zuwendung zur »aktiven Politik«, zur Konzentration auf öffentliche

Verwaltungen und Regierungshandeln, kommt nicht nur ihr für die akademische Soziologie keineswegs selbstverständliches politisches Interesse an der vernünftigen Problembearbeitung für und durch das Gemeinwesen zum Ausdruck, sondern wohl auch die soziologische Einsicht, daß es in heutigen Gesellschaften mehr denn je darauf ankommt, daß gerade die Politik in der Kooperation mit anderen gesellschaftlichen Akteuren ihr eigenes Rationalitäts- und Gestaltungspotential entfaltet. Daß es dabei freilich nicht um hierarchische Steuerung durch einen über dem gesellschaftlichen Interessen-pluralismus thronenden »Staat« geht, hat Prof. Mayntz früher als manche andere erkannt; sie gehört - was man angesichts der heutigen Modeerscheinungen in diesem Bereich nachdrücklich in Erinnerung rufen muß - zu den Pionieren des Netzwerkansatzes und der empirisch orientierten Netzwerkforschung im Bereich der politischen Gestaltung und Steuerung gesellschaftlicher Funktionszusammenhänge.

Ihre ganz spezifische Perspektive des Umgangs mit der politischen und verwaltungsmäßigen Praxis gesellschaftlicher Problembearbeitung fand mit der Berufung zur Gründungsdirektorin des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung 1985 den Höhepunkt ihrer persönlichen Anerkennung, erlaubte zugleich aber auch eine arbeitsteilige Verstetigung ihrer Beschäftigung mit theoriegeleiteter Gesellschafts- und Politikforschung. Daß sie sich heute auch den Problemen der Umsetzung gesellschaftlicher Ziele im politischen Prozeß des europäischen Mehrebenensystems zugewandt hat, läßt ihr nicht erlahmendes Interesse an den sich stets wandelnden und kontingenten strukturellen Bedingungen gesellschaftlichen Problemlösungshandelns erkennen.

Die Art des Wissens, das eine theoriegeleitete, analytisch sorgfältige und empirisch fundierte Gesellschaftswissenschaft wie die ihre hervorbringen vermag, eignet sich nicht unmittelbar als Rezeptur praktischen Handelns. Niemand scheint sich dessen stets mehr bewußt gewesen zu sein, als Prof. Mayntz; immer wieder finden sich in ihrem umfangreichen Werk Sätze wie der folgende erste Satz des Kapitels »Die Umsetzung der Empfehlungen« aus ihrem Buch über die Transformation der Akademie der Wissenschaften der ehemaligen DDR: »Konkrete Vorschläge waren eine notwendige, aber keinesfalls hinreichende Bedingung einer erfolgreichen Transformation.« Die wichtigste »Hürde, die auf dem notwendigen Weg der Umsetzung zu überwinden war, bestand« - auch in diesem Fall, möchte ich einfügen - darin, »die Akzeptanz der Adressaten für die Umstrukturierungsvorschläge zu sichern« (1994, 213).

Aus diesem kleinen, aber symptomatischen Zitat wird etwas sehr Wichtiges für die Arbeit von Frau Prof. Mayntz für ihr eigenes Selbstverständnis und für die Zielsetzung der Stiftung deutlich: Gesellschaftswissenschaftliche Analysen und Erkenntnisse bedürfen zu ihrer Umsetzung in praktisches Handeln der Akzeptanz und Anerkennung bei jenen, die handeln sollen oder müssen, also in der Praxis. Diese Akzeptanz liegt in der heutigen Welt nicht mehr, falls das denn jemals so gewesen sein sollte, in der wissenschaftlichen Natur des Wissens selbst begründet. Schon innerhalb der Wissenschaften und Disziplinen führt der Pluralismus von Ansätzen und Methoden zur Relativierung der jeweiligen Ansprüche. Erst recht aber muß die Wissenschaft heute im Dialog mit anderen gesellschaftlichen Akteuren ihre Erkenntnisse erfolgreich vermitteln - sonst bleiben sie dort folgenlos.

In den Jahren nach 1989 hat Frau Prof. Mayntz im Zuge der - wie es im bürokratischen Politikdeutsch heißt - »Neuordnung und Strukturanpassung« der Forschungslandschaft der ehemaligen DDR an die westlichen Gegebenheiten und Möglichkeiten, u.a. als Gutachterin des Wissenschaftsrates und als Beraterin des Landes Berlin, erneut eine entscheidende, aber auch nicht einfache Rolle an der problematischen Schnittstelle zwischen wissenschaftlicher Analyse und politischer Entscheidung gespielt. Individuelle Zuordnungen von Wirkungen sind in solchen Fällen kaum möglich, aber Engagement und die dialogische Kommunikation in die politische Praxis hinein waren auch hier sicherlich die Bedingungen des Erfolgs. Daß dabei ganz wie nebenbei wieder ein bedeutendes wissenschaftliches Werk entstand, gehört im beruflichen Lebenswerk von Frau Prof. Mayntz fast schon zur Selbstverständlichkeit.

Aber Frau Prof. Dr. Renate Mayntz hat in diesen Jahren wiederum das praktische Engagement für eine gesellschaftliche Reformaufgabe in ihrem beruflichen Leben als Wissenschaftlerin beispielhaft umgesetzt und bewiesen, daß es dazu keiner Abstriche an theoretischer und analytischer Qualität bedurfte.

Ihre Arbeit hat in den angedeuteten politischen und gesellschaftlichen Funktionszusammenhängen mehr als Spuren hinterlassen, ihre Beteiligung und ihre Schriften haben nicht nur beeindruckt, sondern auch gewirkt. Nicht zuletzt dürfte ihre, nach den übereinstimmenden Berichten ihrer Schüler und Kollegen, durch Disziplin wie soziale Sensibilität geprägte Persönlichkeit im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis Vertrauen geschaffen und Glaubwürdigkeit hervorgerufen haben.

Mit dem Preis würdigt die Schader-Stiftung Frau Prof. Mayntz als herausragende Repräsentantin genau dieses dialogischen Vermittlungsansatzes von Gesellschaftswissenschaft und Praxis zum Nutzen des Gemeinwesens.

Von der Organisationssoziologie zur Gesellschaftsforschung: zum soziologischen Werk von Renate Mayntz

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln, 1997

Soziologie war nicht Renate Mayntz' erste Wahl. Die 1929 geborene Tochter eines Professors, der Fachmann für Verbrennungskraftmaschinen war, entschied sich zunächst für ein Chemiestudium. Ein ausgeprägtes Interesse an den Naturwissenschaften hat sie bis heute behalten. Noch stärker schlägt sich die naturwissenschaftliche Prägung allerdings in der Professionalität des Arbeitsstils von Renate Mayntz nieder. Obwohl ihre Erfahrung des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs durchaus mitverantwortlich für ihre Hinwendung zur Soziologie war, hat sie es stets abgelehnt, persönliche Lebensprobleme und politisch-ideologische Auseinandersetzungen in die Soziologie hineinzutragen. Entsprechend enttäuscht reagierte sie, als Ende der sechziger Jahre ihre Berliner Studenten genau das versuchten.¹

Ihr Chemiestudium schloss Renate Mayntz nicht mehr ab, nachdem sie sich 1951 in einem spontanen Entschluss für die Soziologie entschieden hatte. Bereits ihre ersten soziologischen

Arbeiten – die industriesoziologische Dissertation und die gemeindesoziologische Habilitation – ließen zwei weitere Charakteristika ihrer Herangehensweise erkennen. Zum einen strebt sie nach empirisch fundierter Theoriebildung nach Art der von Merton propagierten “Theorien mittlerer Reichweite”; weder luftige Großtheorien in der Nähe zur Sozialphilosophie noch die bloße minutiöse Beschreibung sozialer Sachverhalte sind Renate Mayntz’ Sache. Zum anderen bevorzugt sie in ihren Arbeiten eine mittlere Analyseebene zwischen der Gesellschaft als Ganzer auf der einen Seite und den Individuen auf der anderen. Verbände, Parteien, Verwaltungen – oder allgemeiner: formale Organisationen und zunehmend die Verflechtungen zwischen diesen – bilden von Anfang an die zentralen Untersuchungsgegenstände im Werk von Renate Mayntz.

Bekannt wurde Renate Mayntz zunächst als Organisationssoziologin, die sich umfassend mit diesem Typ von sozialem Gebilde beschäftigte und dabei den fortgeschrittenen Stand amerikanischer Forschungen in die deutsche Soziologie einbrachte. Bald spitzte sich dieses Interesse auf Organisationen der öffentlichen Verwaltung zu. Zeitweise hatte Renate Mayntz einen Lehrstuhl an der Speyerer Hochschule für Verwaltungswissenschaften inne. Ende der sechziger Jahre beteiligte sie sich mit einem umfangreichen Forschungsprojekt zur Ministerialverwaltung an den Überlegungen zur Reform der öffentlichen Verwaltung. Dabei begann eine enge Zusammenarbeit mit dem Politik- und Verwaltungswissenschaftler Fritz Scharpf, die sich später in der gemeinsamen Leitung des Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung fortsetzte.

Die Untersuchungen dieser Periode hatten einen spezifischen Praxisbezug, der ungeachtet einer primär grundlagentheoretischen Orientierung auch die weiteren Forschungen von Renate Mayntz kennzeichnete. Themen und Herangehensweisen der Untersuchungen von Entscheidungs- und Koordinationsprozessen in der Ministerialverwaltung sowie später zur Implementation politischer Programme waren jeweils so zugeschnitten, dass daraus zwar keine sozialwissenschaftliche Politikberatung im Sinne von Rezeptwissen für besseres Entscheidungsmanagement hervorging, wohl aber um so nachhaltigere Reflexionsanstöße. Derartiges Orientierungswissen verschafft den Praktikern durch eine “inkongruente Perspektive”, eine neue Sicht auf ihr Tun, überraschende Einsichten und vermag längerfristig sehr wohl Handlungsrountinen und sogar institutionelle Prozeduren und Strukturen zu verändern. Das bestätigt die Wirkungsgeschichte dessen, was Renate Mayntz, Fritz Scharpf und ihre Mitarbeiter damals aufgedeckt haben.

Das schon damals sichtbare gesellschaftstheoretische Interesse kam ab Mitte der achtziger Jahre im Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, das Renate Mayntz gegründet hatte, voll zur Entfaltung. Mit einiger Vereinfachung kann man den Weg, den Renate Mayntz in ihren Forschungen zurückgelegt hat, durch die drei Stationen der Organisations-, der Politik- und der Gesellschaftsforschung kennzeichnen. Ein alle drei Werkphasen verbindendes Generalthema bildet das politische Element sozialen Handelns, also das Streben nach einer bewussten Gestaltung sozialer Prozesse und Strukturen in seinem spannungsreichen Wechselspiel von oft übermächtigen ungesteuerten sozialen Dynamiken. Zunächst konzentrierten sich die Studien auf die binnenperspektivische Betrachtung formaler Organisationen als prägenden Sozialgebilden moderner Gesellschaften. Hinzu kam die Analyse interorganisatorischer Beziehungen zwischen Ministerien, anderen

Verwaltungsbehörden und deren ihrerseits organisierten Adressaten. Schließlich wandte sie sich der Untersuchung der wiederum über Organisationen vermittelten Netzwerke zwischen staatlichen Steuerungsinstanzen und großen gesellschaftlichen Sektoren wie dem Gesundheitssystem, dem Forschungssystem sowie verschiedenen großtechnischen Systemen zu. Das ist ein äußerst konsequent gegangener Weg, dessen rückblickende Betrachtung es offenkundig werden lässt, wie sehr bei Renate Mayntz die Politikforschung von der Organisationsforschung und die Gesellschaftsforschung von den beiden vorhergehenden Forschungsphasen profitiert hat.

Gerade die – wiederum gemeinsam mit Fritz Scharpf konzipierte und geleitete – Gesellschaftsforschung konnte sich in zahlreichen Projektthemen vielgestaltig auffächern, weil Renate Mayntz nun ein Institut zur Verfügung stand, in dem unter Einschluss von Doktoranden und Stipendiaten etwa zwanzig Wissenschaftler mit- und nebeneinander arbeiteten. Die reiche Ernte an Fachpublikationen, die das Kölner Institut mittlerweile hervorgebracht hat, trägt durchgängig auch ihre Handschrift. Sie ist es, die das Institut auf seinen Weg gebracht hat – genauer: sie hat es auf ihren eigenen Weg mitgenommen, der sie unbeirrbar an zahllosen kurzlebigen intellektuellen Moden vorbei zu einem der dauerhaften Kernprobleme zeitgenössischer Gesellschaften geführt hat: Auf gesellschaftliche Steuerung haben wir uns mit dem aufklärerischen Impuls der Selbstbestimmung unserer Lebensverhältnisse unwiderruflich eingelassen; wie kann diese nun unter Bedingungen hoher und immer noch steigender gesellschaftlicher Komplexität und Dynamik zu einer Verbesserung gesellschaftlicher Selbstgestaltung führen – und damit mehr als nur gutgemeint (und womöglich im Ergebnis gar katastrophal) sein?

1 Zum Aspekt Hinwendung zur Soziologie vgl. auch Renate Mayntz, 1996: Mein Weg zur Soziologie: Rekonstruktion eines kontingenten Karrierepfades. In: Christian Fleck (Hrsg.), Wege zur Soziologie nach 1945. Biographische Notizen. Opladen: Leske + Budrich, 225–235

Ausgewählte Werke

1963: Soziologie der Organisation. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt.

1968 (Hrsg.): Bürokratische Organisation. Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Band 27. Köln: Kiepenheuer und Witsch.

1973 (mit Fritz W. Scharpf, Hrsg.): Planungsorganisation. Die Diskussion um die Reform von Regierung und Verwaltung. München: Piper.

1975 (mit Fritz W. Scharpf): PolicyMaking in the German Federal Bureaucracy. Amsterdam: Elsevier.

1978: Soziologie der öffentlichen Verwaltung. 3. überarb. Auflage 1985. Heidelberg: C.F. Mueller Juristischer Verlag.

1980 (Hrsg.): Implementation politischer Programme. Empirische Forschungsberichte. Königstein/Ts.: Athenäum.

1983 (Hrsg.): Implementation politischer Programme II. Ansätze zur Theoriebildung. Opladen: Westdeutscher Verlag.

1985: Forschungsmanagement Steuerungsversuche zwischen Scylla und Charybdis. Probleme der Organisation und Leitung von hochschulfreien, öffentlich finanzierten Forschungsinstituten. Opladen: Westdeutscher Verlag.

1988 (mit Bernd Rosewitz, Uwe Schimank, Rudolf Stichweh): Differenzierung und Verselbständigung. Zur Entwicklung gesellschaftlicher Teilsysteme. Schriften des Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln. Frankfurt a.M.: Campus.

1988 (mit Thomas P. Hughes, Hrsg.): The Development of Large Technical Systems. Schriften des Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln. Frankfurt a.M.: Campus.

1991 (mit Bernd Marin, Hrsg.): Policy Networks. Empirical Evidence and Theoretical Considerations. Frankfurt a. M.: Campus.

1994 (unter Mitarbeit von Hans-Georg Wolf): Deutsche Forschung im Einigungsprozess. Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992. Schriften des Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln. Frankfurt/M.: Campus.

1995 (mit Fritz W. Scharpf, Hrsg.): Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung. Schriften des Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln. Frankfurt a.M.: Campus.

1997: Soziale Dynamik und politische Steuerung. Theoretische und methodologische Überlegungen. Frankfurt a. M.: Campus.